

BLITZ-BRIEFING: SCHWERPUNKTE DER SITZUNGSWOCHE

Leitungs- und Planungsstab des Fraktionsvorsitzenden

14. März 2023

1. Unser Antrag „Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom in Deutschland stärken“

I. Kurzbeschreibung

Nach aktuellen Studien leiden in Deutschland mindestens eine Million Bürgerinnen und Bürger unter Langzeit-Folgen einer COVID-Infektion. Weltweit sind es sogar rund 65 Millionen Menschen. Für die Betroffenen und Angehörigen bedeutet dies teilweise massive Beeinträchtigungen des alltäglichen Lebens.

Groß sind daher die Hoffnungen auf Fortschritte in Wissenschaft und Forschung. Von dem in der Bundesregierung für die Grundlagenforschung zuständigen Bundesforschungsministerium erhalten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über die reguläre institutionelle Förderung hinausgehend jedoch kaum Unterstützung. Das Bundesministerium verfügt allein im Jahr 2023 über einen Haushalt von rund 21,5 Milliarden Euro. Hiervon stellt Ministerin Stark-Watzinger im Rahmen der Projektförderung lediglich rund 12,5 Millionen Euro – also weniger als 0,1 % - im Jahr 2023 für die Long COVID Forschung zur Verfügung. Auch mit Blick auf die Versorgungsforschung, also die Forschung, die optimale Versorgungskonzepte für Menschen mit Long COVID entwickelt, gibt es bisher allein vage „Förderankündigungen“ des zuständigen Ministers Lauterbach.

II. Unsere Position

Diese geringe Fördersumme für die wichtige Grundlagenforschung zu Long COVID ist völlig unzureichend. Noch weniger reichen die vagen Ankündigungen zur Versorgungsforschung. Wissenschaft und Forschung bleiben in Deutschland aufgrund der Untätigkeit der Bundesregierung hinter ihren Möglichkeiten zurück.

III. Sprachregelung

Allein in Deutschland leiden mindestens eine Million Menschen unter den teilweise sehr belastenden Folgen einer COVID-Infektion. Die Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom ist in Deutschland bislang unzureichend. Vor allem die Betroffenen haben den Anspruch, möglichst viel über Ursache,

Folgen und Behandlungsmöglichkeiten von Long COVID zu erfahren. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Forschung im Rahmen einer koordinierten Projektförderung erheblich auszubauen. Zusätzlich muss die Bundesregierung eine langfristig und breit angelegte Forschungsstrategie gegen Long COVID unter gemeinsamer Federführung des Bundesforschungs- und des Bundesgesundheitsministeriums nach dem Vorbild der „Nationalen Dekade gegen den Krebs“ aufsetzen und dafür Sorge tragen, dass Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung schnellstmöglich bei den Betroffenen ankommen. Um dem Thema zusätzlichen Nachdruck zu verleihen, werden wir am 29. März von 18:30 Uhr bis 20:00 Uhr [ein digitales Fachgespräch zum Thema „ME/CFS – die vernachlässigte Krankheit: Für mehr Forschung und eine bessere Versorgung“](#) veranstalten.

2. Aussprache zur Regierungserklärung zum Europäischen Rat

I. Kurzbeschreibung

Bei der Tagung des Europäischen Rates am 23./24. März werden insbesondere die Themen Ukraine, Europäische Wettbewerbsfähigkeit, Energiepolitik und Migration auf der Tagesordnung stehen. In den vergangenen Wochen war die europapolitische Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung immer wieder Bestandteil breiter Debatten, zuletzt bei den Streitigkeiten um das Verbrenner-Aus bis zum Jahr 2035. Am 16. März wird der Bundeskanzler eine Regierungserklärung zu den europapolitischen Prioritäten der Ampel abgeben, im Anschluss ist eine parlamentarische Aussprache vorgesehen.

II. Unsere Position

Vom EU-Gipfel muss ein starkes Signal zur unverminderten europäischen Solidarität mit der Ukraine ausgehen. Hierzu gehört derzeit v.a. die rasche und substanzielle Unterstützung der Ukraine in Hinblick auf Munition. Nachdem die Bundesregierung durch ihre Panzerblockade Vertrauen unserer Partner aufs Spiel gesetzt hat, müssen dem Selbstanspruch einer deutschen Führungsrolle konkrete nächste Schritte bei der Unterstützung der Ukraine folgen.

Beim Thema Wettbewerbsfähigkeit, Binnenmarktstärkung und Wirtschaft geht es um nicht weniger als unseren künftigen Wohlstand. Mit dem Antrag „Eine europäische Antwort auf das U.S.-Gesetz zur Inflationsbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen“, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion konkrete Vorschläge vorgelegt: Wir brauchen dringend eine Vereinfachung des Regelwerks für Unternehmen, mehr Innovation und Technologieoffenheit, einen wirksamen Bürokratieabbau und Entlastung, eine bessere Nutzung vorhandener EU-Finanzmittel, sowie eine stärker strategisch ausgerichtete Handelspolitik. Was wir nicht brauchen, sind neue EU-Schulden und die Einrichtung neuer EU-Fördertöpfe. Hier erwarten wir eine klare Positionierung der Bundesregierung. Eine eindeutige Haltung erwarten wir auch bei der anstehenden Neuausrichtung der EU-Fiskalregeln, für die der EU-Gipfel Orientierung geben soll. Wir müssen Europa als Stabilitätsunion stärken. Hierfür brauchen wir eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, mit der die EU-

Fiskalregeln gefestigt und durchsetzbarer gemacht werden. Die Bundesregierung muss allen Bestrebungen einer Schwächung der Verbindlichkeit der Regeln deshalb eine klare Absage erteilen.

Angesichts der angespannten Migrationslage ist entschlossenes Handeln auf europäischer und nationaler Ebene erforderlich. Der Bundeskanzler muss hier vorangehen, die Migrationskrise zur Chefsache machen und sich u.a. mit Nachdruck für ein faires, funktionierendes und krisenfestes Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) und den erfolgreichen Abschluss der hierzu laufenden Reformbemühungen bis Anfang 2024 einsetzen. Den Worten müssen endlich auch Taten folgen.

III. Sprachregelung

Die europapolitische Handlungsunfähigkeit der Ampel muss endlich beendet werden. Der sogenannte „German Vote“ in Brüssel darf nicht mehr stellvertretend für Handlungsunfähigkeit und Sprachlosigkeit stehen, sondern für Führungsstärke. Mit der Regierungserklärung bietet sich dem Bundeskanzler die Chance ein klares Signal zur Unterstützung der Ukraine, der Stärkung unserer europäischen Wettbewerbsfähigkeit und der Ordnung irregulärer Migration zu senden. Es gilt nun die Munitionsversorgung der Ukraine auf eine nachhaltige Basis zu stellen, eine kluge europäische Antwort auf den U.S. Inflation Reduction Act zu finden sowie die Grundsätze der Humanität und Ordnung auch auf europäischer Ebene in der Migrationspolitik konsequent umzusetzen.

3. Aktuelle Stunde „Freiheit statt Verbote – Den mündigen Bürger stärken“

I. Kurzbeschreibung

Die Bundesregierung kündigt in den vergangenen Wochen auf Initiative insbesondere von Bundesministern der Grünen zahlreiche neue Verbote an. In einem Referentenentwurf des BMWK und des BMWSB zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes wird bei neuen Heizungen ein Anteil erneuerbarer Energien von mindestens 65 % gefordert und der Einbau neuer Öl- und Gasheizungen ab 2024 damit praktisch verboten. Auf europäischer Ebene will die FDP das von SPD und Grünen mitgetragene Verbot der Neuzulassung von Verbrennermotoren trotz Zustimmung in den Trilogverhandlungen noch verhindern. Das BMEL kündigte ein Verbot von an Kindern gerichtete Werbung für „ungesunde“ Lebensmittel an.

II. Unsere Position und Sprachregelung

Verbote sollten nicht das erste Mittel der Wahl sein. Durch die Bepreisung von CO₂ und sinnvolle Förderprogramme zur Unterstützung der Dekarbonisierung im Gebäudebereich und im Verkehr können die Klimaziele gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht gegen sie erreicht werden. Wir wollen den mündigen Verbraucher stärken. Werbeverbote tragen dazu nicht bei.

Falls Rückfragen bestehen oder Sie in den E-Mailverteiler des Blitz-Briefings aufgenommen werden möchten, schreiben Sie gerne eine E-Mail an blitzbriefing@cducsu.de.